



*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. MÜLLARTSHÜTTE*

DIE GRÜNEN *informieren*

Nr. 16 Oktober 88

Wir informieren aus der Ratsarbeit: _____

**Müllverbrennung im Landkreis
Gewerbegebiet und Umwelt
Asylanten vor dem Ausschuß**



Weitere Themen: _____

**Kindergarten - Initiative
Die neue Bundesstraße**

Stellungnahme der GRÜNEN zum Thema Müllverbrennung

Die Vertreter von SPD und CDU im Rat der Gemeinde Roetgen haben wieder einmal bewiesen, wie gut sie inhaltlichen Diskussionen über ein brisantes Thema ausweichen können. So geschehen in der Ratssitzung am 27. September, als die GRÜNEN einen Antrag zur **Müllverbrennung im Kreis Aachen** eingebracht haben. Es zeigte sich, daß diese Altparteien nicht in der Lage sind, über die Grenzen der Gemeinde hinweg zu blicken, geschweige denn, Zusammenhänge zwischen Gemeinde- und Kreispolitik zu erkennen und zu nutzen. Sie waren mit einem solchen Antrag, der auch einige Sachkenntnis erfordert, vollkommen überfordert und mußten schlicht passen.

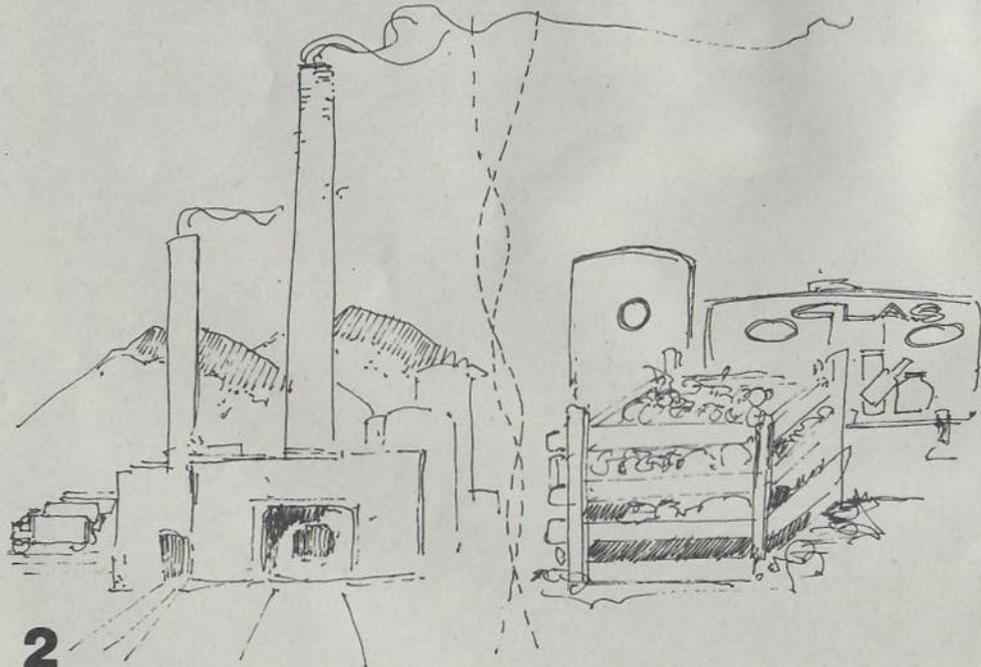
Statt einer inhaltlichen Stellungnahme der Gemeinde Roetgen zur Problematik der Müllverbrennung blieben daher nur die wenigen ausweichende Worte: 'Die

Müllverbrennung ist für uns kein Thema; 'Wir sind keine Experten für dieses Thema'; 'Da ist einzig und allein der Kreis Aachen für zuständig'; 'Wenn der Kreis entschieden hat, können wir ja immer noch Stellung nehmen'. So oder so ähnlich klang es aus den Reihen von SPD und CDU.

Ich meine, von Parteien, die zu so wichtigen Fragen und einschneidenden Maßnahmen keine Meinung haben, ist für die Zukunft nichts Gutes zu erwarten.

Klaus-Peter Kegel

Um Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, einen Einblick in die inhaltliche Diskussion um die Müllverbrennung zu ermöglichen, dokumentieren wir hier den Text der Resolution, die die GRÜNE Fraktion im Rat eingebracht hat.



» Der Rat der Gemeinde Roetgen wendet sich gegen den Bau einer Müllverbrennungsanlage (MVA) im Kreisgebiet zur Lösung der Entsorgungsprobleme beim Hausmüll, da eine MVA den Ansprüchen an ein ökologisches Entsorgungskonzept nicht gerecht werden kann.

Im Einzelnen werden die folgenden Bedenken und Anregungen geltend gemacht:

Das 1986 novellierte Abfallgesetz nennt an erster Stelle zur Beseitigung des Müllnotstandes die Vermeidung, und es ermöglicht in § 14, hierzu Rechtsverordnungen zu erlassen. Von Seiten der Bundesregierung ist allerdings hiervon noch kein entscheidender Gebrauch gemacht worden, so daß die gesamte Last zur Zeit alleine bei den Kommunen liegt. Aus der Sicht der Gemeinde ist aber eine ökologische Abfallwirtschaft ohne den wichtigsten Schritt des Vermeidens nicht denkbar.

Der Einsatz von MVA's wird begründet mit der energetischen Verwertung des Mülls, wodurch das Verwertungsgebot des Abfallgesetzes erfüllt würde. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen wirklich ökologischen Verwertungskreislauf, da bei weitem nicht die Energie zurückgewonnen werden kann, die für die Herstellung der Materialien benötigt wird, d.h. eine Zurückführung der auch anderweitig verwertbaren Stoffe in den Produktionskreislauf würde mehr Energie sparen, als bei der Müllverbrennung gewonnen werden könnte.

Ungewisse Wirkung auf die Umwelt

Bei der Verbrennung von Hausmüll entsteht eine große Zahl von organischen Verbindungen, die in ihrer überwiegenden Zahl bis heute noch nicht identifiziert sind, geschweige denn durch Filter zurückgehalten werden können. Ca. 80 % dieser Verbindungen, die aus den unzähligen Stoffen bei der Verbrennung entstehen, sind unbekannt. Damit bleibt auch ihre Wirkung

auf die Umwelt bisher ungewiß. Es ist aber nicht auszuschließen, daß eine Vielzahl von ihnen ähnlich gefährlich wie das inzwischen bekannte Dioxin ist. Solange die chemischen Reaktionen und die damit verbundenen Umweltauswirkungen nicht geklärt sind, kann eine MVA nicht Baustein einer ökologischen Abfallwirtschaft sein.

Kapitalintensiv

Die Errichtung einer Hausmüllverbrennungsanlage ist sehr kapitalintensiv. Um für die Bürger akzeptable Gebühren sicherstellen zu können, müssen die MVA's einmal sehr groß dimensioniert sein (Für den Kreis Aachen ist ein Durchschnitt von 300.000 t pro Jahr im Gespräch) und andererseits über einen langen Zeitraum von ca. 20 Jahren genutzt werden. Dies würde also eine Festlegung des Entsorgungssystems auf zwei Jahrzehnte hinaus bedeuten, eine Flexibilität wäre nicht mehr gegeben. Der Betreiber einer MVA würde sich garantieren lassen, daß die für ihn wirtschaftliche Menge Müll von 300.000 t pro Jahr auch angeliefert wird. Alle Bestrebungen, in dieser Zeit eine Reduzierung des zu verbrennenden Mülls durch Vermeidung oder stoffliche Verwertung zu erzielen wären damit auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zum Scheitern verurteilt.

Mit dem gleichen Kapitaleinsatz wie für eine MVA könnten im gesamten Kreisgebiet dezentrale Kompostanlagen eingerichtet werden, mit Hilfe derer alle organischen Abfälle in den natürlichen Kreislauf zurückgeführt werden könnten, ohne daß eine Deponierung nötig wäre. Entsprechende Maßnahmen ließen sich auch für die anderen wiederverwertbaren Stoffe durchführen. So wäre auch auf diesem Wege eine Reduzierung der benötigten Deponiefläche zu erreichen, und das Kapital wäre unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll eingesetzt. <<

Umweltschutz fängt vor der Haustür an!

Die Gemeinde Roetgen beabsichtigt, den zweiten Bauabschnitt des Gewerbegebietes in naher Zukunft in die Wege zu leiten. Damit der Umweltschutz dabei ausreichend berücksichtigt wird, stellte die Fraktion der GRÜNEN im September einen entsprechenden Antrag an den Bauausschuß, der jedoch in der Sitzung vom 11. 10. mit den Stimmen der beiden großen Parteien abgelehnt wurde. Da in der Presse über den Inhalt unseres Antrages nur sehr unvollständig berichtet wurde, geben wir hier seine Leitlinien zusammengefaßt zur Kenntnis.

1. Die Fraktion der GRÜNEN begrüßt grundsätzlich, daß die Gemeinde ortsnaher Arbeitsplätze schaffen will (weniger Berufspendler nach anderen Orten, höhere Steuereinnahmen).

2. Obwohl die Vorteile des Gewerbegebietes an der Bundesstraße (verkehrsgünstig, niedrige Grundstückspreise) auf der Hand liegen, sollte man nicht übersehen, daß diese Hochfläche von Landschaftsschutzgebiet umgeben ist.

3. Bei der Auswahl des Standortes wurden seinerzeit ökologische Gesichtspunkte nicht ausreichend geprüft. Entsprechende Gutachten fehlen, obwohl seitens der TH (Prof. Kummer) Bedenken geäußert wurden.

4. Wir GRÜNEN befürchten, daß bei unkontrollierter Ansiedlung von Betrieben, auch wenn bestehende Vorschriften beachtet werden, Gefahren für das ökologische Gleichgewicht bestehen.

5. Es sollten daher nur solchen Betrieben Grundstücke verkauft werden, deren Umweltverträglichkeit im Hinblick auf Herstellung und Verwendung der Produkte bekannt sind.

6. Die ökologischen Ziele im einzelnen: Herstellung dauerhafter, reparaturfähiger Gebrauchsgüter - Verarbeitung wiederverwertbarer Naturprodukte - Wiederverwertung gebrauchter Waren und Abfälle - Verzicht auf Stoffe und Verfahren, die das ökologische Gleichgewicht nachhaltig stören oder Leben und Gesundheit bedrohen - Sparsamer Umgang mit Energie und Rohstoffen.

7. Ansiedlungswillige Betriebe sollten einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Für die praktische Durchführung sind Kenntnisse und Erfahrungen aus entsprechenden TH-Instituten einzuholen.

Die in der Bauausschußsitzung vorgebrachten Gegenargumente der Verwaltung und der anderen Parteien zeugen von einer ökologischen Kurzsichtigkeit, die wir uns heute einfach nicht mehr leisten können. Umweltschutz fängt auch für eine Kommunalgemeinde vor der Haustür an! So sprach man von einer "negativen Imagewirkung" und davon, daß die Einhaltung bestehender Vorschriften ausreiche. Viele heute bekannt werdende Umweltschäden entstehen trotz eingehaltener Vorschriften, weil diese oft nicht weit genug greifen, von dem Problem der Überwachung ganz zu schweigen! Im übrigen spricht das Niveau der Einwände für sich. SPD: Man möchte sich nicht von der Hochschule vorschreiben lassen, welche Betriebe in Roetgen angesiedelt werden. Sogar die politischen Grundrechte sah man gefährdet, als ob es ein Grundrecht auf Umweltbelastung gäbe! Die Fraktionen von CDU und SPD haben wieder einmal gezeigt, daß der Begriff "Umweltschutz" für sie höchstens dann greift, wenn er nichts kostet.

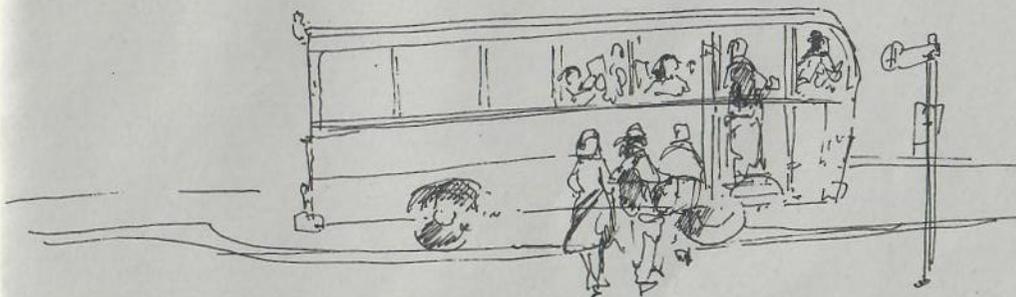
R. St.

Öffentlicher Nahverkehr

Veranstaltung der GRÜNEN geplant

In unserer letzten Ausgabe (Nr. 15, Juni 88) berichteten wir, daß die Verkehrsgruppe der GRÜNEN Gespräche mit zuständigen Stellen wegen einer Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen geführt hatte. Wir beabsichtigen nun, eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Nahverkehr zu organisieren, in der ein Vertreter der "Bahnbus Rheinland" zu Wort kommen wird neben anderen, für das Thema kompetenten Referenten. Es wird Gelegenheit sein, mit diesen Experten zu sprechen und dabei die spezielle Roetgener Situation im Verkehr nach Aachen und den anderen Zentren zu behandeln. Hauptinhalt dieser Diskussion wird der Abstand sein, der heute noch zwischen den Wünschen nach bequemen und preisgünstigen Verbindungen und ihrer Realisierungsmöglichkeit besteht.

Diese Veranstaltung soll im November in Roetgen stattfinden. Ort und Termin lagen vor dem Druck dieses Heftes noch nicht fest. Wir möchten aber dennoch bereits hier die Aufmerksamkeit Interessierter ansprechen, auf Mitteilungen in der Presse zu achten. Es werden auch einige Plakate ausgehängt werden.



IMPRESSUM

Herausgegeben vom Ortsverband DIE GRÜNEN Roetgen, Rosentalstraße 77.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. S. Scholz.
Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autoren.

Asylantenbeschau

Die Ratsfraktion der GRUNEN hat sich von Anfang an für die Probleme der Asylbewerber in unserer Gemeinde eingesetzt und im ständigen Kontakt mit den Betroffenen viele Schwierigkeiten lösen geholfen. Diese direkte Arbeit vor Ort sensibilisierte unser Mitglied des entsprechenden Ausschusses im Rat für die Nöte der unfreiwillig entwurzelten Menschen, die in einem für sie fremden Kulturkreis auftreten. Aus dieser Sicht sind die Beobachtungen und Gedanken von Brigitte Commichau zu verstehen, die sie in ihrer Zusammenarbeit mit Verwaltung und Ratsmitgliedern machte.



Es machte sich auf der gemeindliche Sozialausschuß und begab sich in die Asylantenwohnheime, dieselben samt ihren Bewohnern zu beschauen. Ei, was erblickte das gestrenge deutsche Auge mit Wohlgefallen: Zunächst die überaus reinliche Behausung einer Aussiedlerfamilie aus Polen. Leicht zu erkennen für die geschulten Volksvertreter im Sozialausschuß: Diese Leute sind nicht nur vom Europäischen (O-Ton Sozialamt), nein, vom reindeutschen katholischen Geblüt! Und damit besonders förderungswürdig. Eine Dusche - Sauberkeit muß belohnt werden (O-Ton Sozialausschuß) - soll sofort installiert werden.

Dem konnte allseits, auch von mir, nur zugestimmt werden. Allerdings fragte ich mich, wie das so plötzlich und anstandslos möglich ist. Denn als seinerzeit drei Iraner in derselben Behausung leben mußten, gab es von Amts wegen keinerlei Chance, ein solches Hygienemöbel einzubauen. Sicher ging man damals auch davon aus, daß Nichteuropäer ein weniger entwickeltes Reinlichkeitsbedürfnis hätten und es ihnen deshalb nichts ausmacht, trotz Winter und Frost einige hundert Meter im nächsten Asylantenwohnheim eine Gemeinschaftsdusche zu benutzen. Oder eben nicht. Bloß nicht verwöhnen! Asylbewerbern steht ja nur das

Allernötigste (O-Ton Sozialamt) und nicht unbedingt eine Dusche zu.

Aus dem Urwald

Der Sozialausschuß begab sich gewichtigen Schrittes, Presse im Gefolge, zum nächsten Roetgener Wohnheim. Man sah es gleich mit deutschem Blick: Hier wohnen nur Schwarze - der Ofen rußt, die Tapeten sind grau und hängen von der Decke. Und die Elektroheizung läuft bei offenem Fenster. Es ist eine Schande, daß man diesen dunkelhäutigen Kriegern aus dem Urwald erst erklären muß, daß die elektrischen Nachtspeicheröfen mittels eines Groschens (in Schlitz stecken, drehen!) auszuschalten sind. Ein anständiger Deutscher hätte das auf einen Blick gesehen! Und sicher auch als allererstes und spontan die Zimmerdecke tapeziert.

Angewidert ging man weiter zur nächsten Unterkunft. Na, da gab's das richtige Kontrastprogramm, eine wahre Lasterhöhle! Das gesunde Volksempfinden empörte sich. Die Behausung von zwei jungen Iranern, die - der Gipfel der Unverschämtheit - auch noch ganz offensichtlich mit deutschen jungen Leuten befreundet sind. Sauber? Sicher, nicht zu leugnen. Aber Fußboden kaputt, Fenster kaputt, Duschklo schwarz vor Feuchtigkeit, in den Ecken Schimmel. Igittigitt! Und dann werden die auch noch aufsässig und anspruchsvoll, behaupten, sie hätten die Wohnung so übernommen mit kaputten Fenstern und Fußboden, mit schimmeliger Dusche! Erwarten gar, daß die Gemeinde für die Reparaturen sorgt! Selbst sind der Mann und die Frau: Für 360.- DM bar und 284.- DM Sozialhilfe im Monat kann ja wohl ein Asylbewerber mal in die Hände spucken und was auf die Beine stellen! Depressiv sind die? Seit drei Jahren hängen die hier durch ohne Zukunft, ohne Arbeitserlaubnis, vielleicht ohne Nachricht von Zuhause? Selbst

Schuld! Haben wir sie hergeben? Im Gegenteil! Nun sollen sie sich hier gefälligst wie Gäste benehmen und nicht noch Ansprüche stellen, egal wie lange sie gezwungen sind, unsere Gastlichkeit zu "genießen". Überhaupt, typisch für die GRUNEN, sich auch noch um solche Leute zu kümmern! Gibt's nicht Möglichkeiten, solche Elemente abzuschieben? Nichtmal ein paar Jahre deutscher Gastfreundschaft können die aushalten ohne auszufliegen! Wo wir doch schon beinahe alles für sie tun!

Spendabel

Ach ja, wir wollen ja nicht so sein: Spendieren wir (Die Öffentlichkeit in Gestalt der Presse ist wieder zugegen) dem iranischen Mädchen vielleicht auch eine Dusche, damit sie nicht die eines fremden Landsmannes samt dessen Kindern mitbenutzen muß!

Doch schnell weiter, zurück in die europäische Zivilisation. Nebenan wohnt wieder eine Aussiedlerfamilie: Möbel vom Feinsten, Gardinen, Teppiche, Samowars, Auto vorm Haus ... alles vom Sperrmüll und selbstgebastelt (O-Ton Caritas). Ehrlich, mir gefällt es, ich gönne es den Leuten von Herzen. Sie sind clever und tüchtig - und haben das richtige Gesangbuch. Ganz sicher werden sie demnächst auch das richtige wählen (es heißt, sie sollen noch vor der nächsten Bundestagswahl das Wahlrecht zuerkannt bekommen). Wer investiert schon in Nigerianer, Iraner, Kurden und ähnliche Exoten? Sicher kein vernünftiger Sozial- oder Christdemokrat mit politischem Ehrgeiz und deutscher Gesinnung!

Zufrieden rückte der Sozialausschuß sein Weltbild zurecht und ging zum geschäftlichen Teil über.

Brigitte Commichau

Engagierte Bürger - nein danke!

Die "Elterninitiative Kindertagesstätte Roetgen" entstand völlig unabhängig von den GRÜNEN in Roetgen, die sich jedoch bald hinter deren Ziele stellten und diese auch in den politischen Gremien - Gemeinderat und Kreistag vertraten. Nach dem Scheitern aller Bemühungen der Elterninitiative gab diese eine Erklärung ab, die in den "Eifeler Nachrichten" abgedruckt wurde. Wir entsprechen einem Wunsch der Initiative, diesen Artikel hier noch einmal zu veröffentlichen, um seinen Inhalt weitem Kreisen zugänglich zu machen. Darüberhinaus fügen wir eine Darstellung unserer Kreistagsabgeordneten Ursula Schwarzenberger an, die sich im Jugendwohlfahrtsausschuß des Kreises für die Belange der Elterninitiative eingesetzt hat.

„Die Eltern systematisch ausgetrickst“ Bürger-Initiative unerwünscht - Politische Interessen gaben Ausschlag

Roetgen. - Tief enttäuscht und sogar verbittert ist die „Elterninitiative Kindertagesstätte Roetgen“ über die Entscheidung des Jugendausschusses beim Kreis Aachen, Arbeiterwohlfahrt und Kirchengemeinde mit der Einrichtung weiterer Kindergartengruppen zu beauftragen. Die Elterninitiative fühlt sich „systematisch ausgetrickst“, das Engagement von Bürgern sei bei den meisten Politikern wohl unerwünscht, meinen die Eltern, die in einer Erklärung ihre Meinung zur Entscheidung des Ausschusses sagen:

„Bei der Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses des Kreises wurde ganz deutlich, wie Politik abgehoben vom Bürger gemacht wird. Dort wurde nun endlich darüber entschieden, welcher Träger die dringenden notwendigen Kindergartenplätze in Roetgen schaffen soll. Mit ihrem Beschluß, die katholische Kirche und die Arbeiterwohlfahrt mit dieser Aufgabe zu betrauen, versuchten die Politiker von SPD und CDU den Anschein zu erwecken, daß damit eine besonders gute Lösung für die Roetgener Kinder gefunden wäre.

Zum einen könnte die katholische Kirche in kürzester Zeit eine „normale“ Gruppe einrichten und damit den Engpaß in Roetgen beseitigen, zum anderen würde die Arbeiterwohlfahrt in etwa zwei Jahren eine Einrichtung schaffen, die es bisher im Südkreis nicht gibt, nämlich zwei Gruppen, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam betreut werden. Die Elterninitiative könnte nicht mehr berücksichtigt werden, weil sie keine geeigneten Räume hätte. Das klingt ja alles ganz nett und einleuchtend, geht aber an den Tatsachen völlig vorbei. Tatsache ist: Die Elterninitiative Kindergarten Roetgen hat als einzige der drei in Frage kommenden Träger bereits Mitte Januar einen Antrag mit konkreten Plänen und Berechnungen der Räumlichkeiten

beim Kreis eingereicht. In der Sitzung am 10. Februar 1988 hätte sich der Jugendwohlfahrtsausschuß bereits damit beschäftigen können.

Das geschah nicht, weil die anderen Träger zu diesem Zeitpunkt noch keine Unterlagen eingereicht hatten. Von da ab wurde die Beratung und Entscheidung über die für Roetgen so wichtige Angelegenheit ständig verschoben. Die Gründe sind für uns klar:

1. Nach unseren Erkenntnissen mußte das Interesse der katholischen Kirche an der Trägerschaft einer weiteren Kindergartengruppe erst noch geweckt werden, so daß deren konkrete Pläne erst Mitte Mai vorlagen.

2. Die Arbeiterwohlfahrt erklärte sich selbst zu diesem Zeitpunkt noch außerstande, brauchbare Pläne und Anträge einzureichen, weil sie noch nicht einmal ein Grundstück in Aussicht hatte, auf dem der Kindergarten errichtet werden konnte.

Die billigste Lösung

Wenn es den Politikern wirklich um die Kinder gegangen wäre, hätten sie nach logischem Menschenverstand der Elterninitiative im April die Trägerschaft zuerkennen müssen, denn sie bot mit 175 000 DM Umbau- und sehr niedrigen Folgekosten mit Abstand die billigste Lösung. Im Gegensatz dazu veranschlagte die katholische Kirche 450 000 DM Umbaukosten. Die Arbeiterwohlfahrt konnte und kann bis heute keine genauen Kostenpläne vorlegen. Außerdem wäre die Elterninitiative mit Leichtigkeit in der Lage gewesen, noch 1988 die Kindergartengruppe zu eröffnen, noch dazu in einem Gebiet mit den meisten in Frage kommenden Kindern. Offensichtlich standen politische Interessen mehr im Vordergrund.

Drei Wochen Zeit

Die evangelische Kirche in Roetgen hat bis Mitte Juni, trotz der ständigen Verzögerungen, ihr Angebot, uns ein Haus zu vermieten, aufrechterhalten! Nach nochmaliger Verschiebung vom 1. Juni auf den 24. August 1988 zog sie ihr Angebot, verständlicherweise, zurück. Am 14. Juni erhielt die Elterninitiative vom Kreisjugendamt Aachen die Anfrage, ob sie den Beschluß des Jugend- und Wohlfahrtsausschusses folgend einen „Integrativen Kindergarten“ einrichten könne. Von der Möglichkeit, eine herkömmliche Kindergartengruppe einzurichten, war nicht mehr die Rede. Um

ein entsprechendes völlig neues Angebot vorzulegen, ließ man der Elterninitiative drei Wochen Zeit.

Damit haben die Politiker es geschafft, das Engagement der Eltern abzuwürgen. Sie sind aus dem Rennen. Der Weg ist frei, um die zur Verfügung stehenden Haushaltsgelder an die der großen Koalition SPD/CDU nahestehenden Organisationen zu verteilen. Geld und Zeit spielen keine Rolle mehr. Man hat uns systematisch ausgetrickst. Engagement von Bürgern ist offensichtlich bei den meisten Politikern unerwünscht.“

Ja, die Elterninitiative wurde ausgetrickst - ausgetrickst wurden aber auch die Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses im Kreis. So viel Heuchelei, Verschleierung und sogar handfester Lüge wurden dabei angewandt, wie ich es in den vier Jahren meiner Arbeit im Kreistag noch nicht erlebt hatte.

1. Man handelte gegen jeden Menschenverstand und gegen die dabei selbst Betroffenen. Die Elterninitiative hatte sich dem erneuten Mangel an Kindergartenplätzen als erste angenommen und war dank ihres intensiven Engagements in der Lage, sofort, den Auflagen gemäß und am notwendigen Standort zu handeln.

2. Man handelte gegen ein ureigenes Prinzip der CDU, nämlich der Subsidiarität, nach der die von einer Sache selbst Betroffenen das, was sie selbst regeln können, auch selbst verrichten sollen mit Unterstützung des Staates.

3. Man handelte eklatant gegen das ebenfalls von der CDU, aber jetzt auch von der SPD verfochtene Sparsamkeitsprinzip, wie das aus dem obenstehenden Zeitungsartikel hervorgeht.

Am 28. 6. 88 beantragte die Kreisfraktion der GRÜNEN im Jugendwohlfahrtsausschuß, sofort der Elterninitiative den Zuschlag für die so dringend erforderliche Kindergartengruppe zu geben. Das wurde abgeschmettert mit der plötzlich hervorgeholten Idee, in Roetgen zwei integrative - das

heißt mit Einschluß behinderter Kinder - Kindergartengruppen einzurichten. Einem solchen Modell pflichteten die GRÜNEN im Prinzip bei, stellten aber gleichzeitig den Antrag, der Elterninitiative trotzdem die schnelle Lösung in der Brandstraße zu ermöglichen. Das wurde abgelehnt, weil es für drei Gruppen keinen Bedarf gäbe. Unsere Argumente, daß die neue Idee der integrativen Gruppen noch viel Zeit brauche und außerdem die Zahl nichtbehinderter Kinder in zwei Gruppen wahrscheinlich der Richtzahl einer Gruppe entspräche, wurden nicht zur Kenntnis genommen.

Als die Elterninitiative nach der Sommerpause das Haus in der Brandstraße nicht mehr anbieten konnte, stellten wir den Antrag, für sie durch Gemeinde oder Kreis eine geeignete Wohnung anzumieten. Das wurde abgelehnt mit dem heuchlerischen Grund, das wäre zu unsicher. Die großen Parteien beantragten aber ihrerseits, sofort der Caritas die Einrichtung einer neuen Kindergartengruppe zu ermöglichen.

Die Eltern müssen, wenn diese Gruppe irgendwann ihre Räume beziehen kann, weiterhin ihre Kinder aus dem Ortsteil Brand-Schachbrett in die Grepptstraße fahren, aber unsere beiden "Großen" haben ihr Schäfchen ins Trockene gebracht! Ob die Bürger Roetgens solches "demokratisches" Verhalten von CDU und SPD wohl bis zur nächsten Kommunalwahl vergessen haben werden?

Ursula Schwarzenberger

Rückbau der B 258

Eine Lanze für die neue Bundesstraße

Früher machte die Bundesstraße in Roetgen durch Unfallmeldungen (Tote und Verletzte) von sich reden. Die Straße war für Kinder und alte Menschen nur unter Gefahr für Leib und Leben zu überqueren. Viele Stimmen wurden laut, daß das nicht so weitergehen darf. Und tatsächlich, es wurde ein Umbau der Bundesstraße beschlossen. Im Vorfeld gab es natürlich unterschiedliche Auffassungen darüber, wie das zu geschehen habe. Die Einen hätten gerne eine Ampellösung gehabt, die Anderen waren für Fahrbahnverschwenkungen wie in Konzen, und einige hielten die vorgeschlagene Lösung für richtig. Keiner der Politiker sprach sich für eine Beibehaltung der damaligen Form der Bundesstraße aus.

Jetzt haben die Umbaumaßnahmen endlich begonnen. Was passiert nun? Es mehren sich die Stimmen, die das alles für Quatsch und Unsinn halten. Vom Vergeuden von Steuergeldern ist die Rede. Unternehmer laufen Sturm und bemühen das Fernsehen, um ihrer Entrüstung Ausdruck zu verleihen. Sogar die Eifeler Nachrichten legen anscheinend eine Serie auf, die sich gegen den Umbau richtet. Da wird zum Beispiel von einem Bus berichtet, der im Mittelstreifen steckengeblieben ist. Daß das allein die Schuld des Busfahrers war und nicht der Straße, erfährt man nur am Rande.

Unverständlich

Ich kann das alles nicht mehr verstehen. Obwohl ich für eine andere Lösung war (die Autofahrer werden wohl in Richtung Monschau immer noch zu schnell fahren), ist diese Lösung immer noch erheblich besser als der vorherige Zustand. Das Überqueren der Bundesstraße ist wesentlich vereinfacht worden und auch optisch wird die Straße deutlich verbessert. Einige Autofahrer, die bisher mit 70 km/h und mehr

durch Roetgen fahren, fühlen sich nun beeinträchtigt. aber mit Verlaub, das ist mir schnuppe. Für mich hat das Leben und die Unversehrtheit den Vorrang.

In diesem Zusammenhang verstehe ich nicht, daß die Politiker, die diese Lösung befürwortet haben, sich - bis auf Herrn Dittmer - nicht zu Wort melden, um diese Umbaumaßnahmen gegen unsinnige Angriffe zu verteidigen. Ist ihnen vielleicht das Herz in die Hose gerutscht, nur weil ein paar Geschäftsleute sich dagegen ausgesprochen haben und nun der Umbau zu einer unpopulären Maßnahme zu werden droht?

Melden Sie sich zu Wort und brechen Sie mit mir eine Lanze für den Umbau der Bundesstraße! Für Ihre Bemühungen im Voraus vielen Dank!

Gerd Pagnia



.... ein Erfolg in jeder Hinsicht?

Umbau und Umwelt

Nun ist sie fast fertig, Roetgens B 258-Allee. Gehen damit die Hoffnungen der Bürger, die Absichten der Planer in Erfüllung? Einige positive Auswirkungen sind sicher zu erwarten: Reduzierte Geschwindigkeiten, erhöhte Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer und auch, weil langsamer und gleichmäßiger gefahren wird, eine geringere Abgasbelastung für Mensch und Natur.

Wie verhält es sich aber mit den Umbaumaßnahmen selbst, wurden sie in jeder Hinsicht umweltgerecht geplant und durchgeführt? Einige Beobachtungen dazu ließen bei mir Zweifel aufkommen.

Den Abraum der alten Straße, Betonsteine und Platten, Teerdecke, Füllmaterial, eiserne Gullyroste und lehmigen Unterboden schaufelt ein Bagger auf Lastwagen, die mit ihrer Fracht die Baustelle verlassen. Wo ist der Schutt geblieben, wenn sie leer zurückkehren? Was eigentlich auf eine Deponie gehörte, wird aber in den Belgischen Wald in Richtung Raeren gefahren. Dort werden Waldwege damit aufgeschüttet, um sie zu befestigen. Das ist nichts Außergewöhnliches und brauchte kein Stein des Anstoßes zu sein. Geht man aber vor Ort, fällt man förmlich über die Steine: Bordsteine und Teerplatten ragen aus dem aufgeschütteten Weg, insbesondere an den Rändern zu Wald und Wiese hin. Zahllose Betonrandsteine, einzelne Eisenroste, Indizien einer Straßenbau-Wegwerfgesellschaft, säumen den Wegrand. Darüberhinaus unterbricht diese Wegaufschüttung durch ihre übergroße

Höhe den natürlichen Übergang des leicht abfallenden Wiesengeländes zum angrenzenden Wald. Schließlich geht noch wertvoller Mutterboden verloren, der in der Größe eines Fußballfeldes (umgerechnet) unter dem Weg begraben wurde.

Recycling ?

Auf der anderen Seite der Bilanz werden für den Straßenneubau riesige Mengen neuen Materials angefahren, Sand, Steine, Betonformsteine und viele nagelneue Gullyroste und Kanaldeckel. Mutterboden wird für die Inseln im Mittelstreifen angefahren, und zwar *nicht* dorthin, wo der Waldweg aufgeschüttet wurde!

Ich sehe darin eine Beeinträchtigung der Natur. Recycling, Wiederverwertung, ist hier noch völlig unbekannt. Was sollte man anstreben auf diesem Gebiet? Folgendes ist denkbar:

- Zerkleinerung des alten Straßenbelages und dessen Wiederverwendung als Füll- und Unterbaumaterial anstelle der Aufschüttung im Wald oder im knappen Deponieraum,
- Nutzung des Mutterbodens von den Stellen, wo der Abraum abgelagert wird, anstatt ihn anderenorts abzutragen,
- Wiederverwertung aller ausgebauten Fertigteile wie Abflußroste und Kanaldeckel.

Im Bauwesen ist das keine Utopie mehr. Es gibt Projekte, wo beim Abriss alter Häuser Schutt aufgearbeitet und wiederverwendet wird. Sogar Holzteile werden genutzt, wenn sie noch in gutem Zustand sind. Die Praxis zeigt, daß Recycling im Bauwesen durchaus auch wirtschaftlich möglich ist. Wäre es nicht an der Zeit, so etwas auch im Straßenbau zu versuchen? Die Natur würde es danken!

F. Tappert



DAS IST DIE *letzte* SEITE!

Zur Erinnerung: Einige Roetgener Bürgerinnen und Bürger wollten im April vorigen Jahres über die bevorstehende Volkszählung mit einem vom Ordnungsamt genehmigten Stand informieren. Das hatte Folgen:

- Anzeige durch das örtliche Ordnungsamt wegen Aufforderung zu einer Straftat,
- Strafbefehl über 1.800.- DM,
- Widerspruch dagegen,
- Verhandlung beim Amtsgericht: 450.- DM Strafe,
- Berufungsverhandlung vor dem Landgericht ...

Wir fanden uns pünktlich, um nicht zu sagen: vorzeitig ein, warteten artig auf dem Flur vor dem Gerichtssaal. Dort erschien das Landgericht in Gestalt eines (zunächst) jovial-freundlichen, älteren Herrn. Ob wir die fabelhafte Kunde von der angesagten Einstellung des Verfahrens schon vernommen hätten? Nein? Die Einstellung wegen Geringfügigkeit müsse nur noch formal erledigt werden. Wir, erstaunt! Eigentlich seien wir hergekommen, um einen Freispruch wegen erwiesener Unschuld zu erwirken! Und wir müssten uns noch mit unseren Rechtsbeiständen besprechen.

Das Landgericht, irritiert, weil wir nicht gleich in Freudentränen ausbrachen: Natürlich, wir könnten mit der Wurst nach der Speckseite werfen, aber ob wir die träfen? Das Amtsgericht habe uns nur bedingt geglaubt; wir sollten lieber nicht davon ausgehen, das das jetzt bevorstehende Verfahren ... Auftritt der Rechtsanwälte, das Landgericht zog sich zurück.

Angesichts der allgemeinen politischen Lage und überhaupt rieten sie uns zur Einstellung des Verfahrens. Aber wenn wir unbedingt darauf bestünden, würden sie natürlich den Weg durch die Instanzen mit uns gehen. - Palaver - Das Landgericht erschien wieder: Ob man hier auf einem Basar sei? Man möge doch die endlose Diskussion beenden! Wir: Ein reguläres Gerichtsverfahren zögen wir einer banalen Einstellung vor. Das Landgericht, erbost: Wir sollten nur nicht darauf hoffen, daß wir damit Glück haben könnten. Wir: Eigentlich wollten wir kein Glück haben vor Gericht, sondern Recht!

Das Landgericht verschwand darauf wieder hinter einer Säule. Palaver mit den (inzwischen sehr skeptischen) Rechtsanwälten. Erneuter Auftritt des Landgerichts: Nun sei es aber genug, er habe keine Lust, mit uns auf dem Flur zu handeln wie auf einem türkischen Markt. Wir: Angenommen, man hätte uns angeklagt, ein Huhn geklaut zu haben, was wir aber nicht geklaut hätten, ob das Landgericht uns dann auch raten würde das Verfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen? Das Landgericht zog sich wütend hinter seine Säule zurück.

Wir kamen mit den Rechtsanwälten überein, nun doch einer Einstellung zuzustimmen - das Landgericht erschiene uns zu ungnädig. Kurze Verhandlung im Gerichtssaal. Der Staatsanwalt versuchte noch schnell, ein paar Bosheiten von Staats wegen gegen Grüne im Allgemeinen und uns im Besonderen anzubringen, wurde aber vom Landgericht milde zurechtgewiesen, man möge doch nicht polemisch werden!

Als alles erledigt war, das Landgericht seine Akten und seine Robe zusammengefaltet hatte, meinte es kopfschüttelnd: Woran mag es eigentlich gelegen haben, daß die Sache bei uns soviel länger gedauert habe, als bei unseren wegen desselben "Vergehens" angeklagten männlichen Kollegen? Ja, sicher doch daran, daß wir als Frauen ein vermindertes Unrechtsbewußtsein hätten!!!

Bildung ist Glücksache, Herr Landgerichtsrat: Justitia, die Gerechtigkeit, ist und war schon bei den alten Römern *weiblich!*